

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüzingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüzingrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die Kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

Nr. 209.

57. Jahrgang.

Freitag, den 9. September

1910.

## Wege-Sperrung.

Wegebesserungsarbeiten halber wird der innerhalb des Staatsforstreviers Eibenstock gelegene Teil des sogen. „Wiesentweges“ (Kommunikationsweg Schönheiderhammer—Wilschhaus

vom 9. bis 15. September d. J. für jeden Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird auf die alte Kautenkranz—Eibenstocker bez. Wilschhaus—Schönheider Straße verwiesen. Eibenstock, den 8. September 1910. Der Gutsvorsteher.

## Kommt die Erbschaftsteuer?

Der Herbst naht heran und nicht allzulange wird es dauern, wo des Volkes Sendboten wieder zusammen treten, um über das Wohl und Wehe der Nation zu beraten. Es ist die letzte Session der Legislaturperiode, im nächsten Jahre stehen die Neuwahlen bevor und gar Mancher wird das Haus am Königsplatze nicht wieder betreten. Einem sterbenden Reichstage pflegt man im allgemeinen große wichtige Gesetzesaufgaben nicht mehr zuzuteilen und so dürfte man es voraussichtlich auch diesmal halten. Andererseits heißt es aber, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, mit einer wichtigen Vorlage hervorzutreten und zwar mit der leidigen Erbschaftsteuer. Die bisherigen Ergebnisse der neuen Steuern sind gerade keine günstigen und da weitere Ausgaben bevorstehen, namentlich für Heereszwecke, soll man in Regierungskreisen nicht abgeneigt sein, auf diese Steuer zurückzugreifen. Vielleicht handelt es sich bei der Notiz nur um einen Fühler, um die Stimmung im Lande gegenüber einem derartigen Plane auszukundschaften. Daß von den Gegnern der Reichserbschaftsteuer sofort mobil gemacht wird, ist begreiflich, in Zentrumskreisen würde man in der Wiederbringung einer solchen Vorlage eine Brückierung der Reichstagsmehrheit erblicken, welche die letzte Finanzreform gebilligt hat, und es wäre nicht ausgeschlossen, daß sich die Regierung abermals in dieser Frage eine starke parlamentarische Niederlage holen würde. Auch von konservativer Seite wird einem eventuellen derartigen Projekt von vornherein entgegengetreten. Man erklärt, daß neue Steuern nicht notwendig wären, wenn man zwei Bedingungen erfülle: Man werde die erforderliche Sparfameit überall walten lassen und andererseits dafür sorgen müssen, daß nicht durch Umgehung der Steuergesetze und der Zollbestimmungen der Fiskus in seinen Einnahmen geschädigt würde. Selbst, wenn die neue Heeresvorlage mit beträchtlichen Forderungen kommen sollte, würde man kaum neue Steuern brauchen. Für den Fall, daß aber wider Erwarten die Erschließung neuer Steuerquellen notwendig werden sollte, ist man von dieser Seite um einen Gegenvorschlag nicht verlegen; man befürwortet eine stärkere Heranziehung der Spekulationsgewinne. Es wird energisch erklärt, daß jeder erneute Vorschlag auf eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer beantwortet werden würde mit Anträgen auf Kotierungssteuer oder Dividendensteuer oder irgend eine andere kräftige Heranziehung der bei Spekulationen erzielten Gewinne. Hieraus erhellt, daß die Regierung, falls sie sich wirklich entschließen sollte, die Erbschaftsteuer einzubringen, sich auf erneute schwere Kämpfe gefaßt machen müßte, und da Herr von Bethmann-Hollweg schwerlich einen solchen Tanz wagen würde, dürfte der Plan zu mindestens vorläufig zurückgestellt werden. Wichtig ist aber, daß man ohne neue Steuern nur dann auskommen kann, wenn die größte Sparfameit in der Staatsverwaltung Platz greift. Diesen Ruf erhebt der bekannte freikonservative Führer von Zebitz in einem bemerkenswerten Artikel, der namentlich mit der Finanzverwaltung sehr scharf ins Geschirr geht. Er hält der Regierung allerlei Punkte vor, in denen man bisher oft weit über das Bedürfnis hinausgegangen ist und daß oft genug zu luxuriös gewirtschaftet worden sei. Des weiteren erhebt er auf dem Gebiete des Finanzwesens ungemein erfahrene Parlamentarier Bedenken gegen das Anwachsen des Beamtenheeres und meint, daß dadurch auch nicht in letzter Linie eine zeitgemäße Reform des Staatsdienstbetriebes gehemmt werde. Trotz der größten Sparfameit aber wird die Finanzmisere, so, wie es allen Anschein hat, noch weiter fortbauern und es wird doch schließlich kaum etwas anderes übrig bleiben, als neue Einnahmequellen ausfindig zu machen.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

— „Führung“, nicht „Fügung“. Hierdurch sei auf einen vollständig eingebürgerten Irrtum aufmerksam gemacht, der sich in fast allen zur Sedanfeier gehaltenen Reden wiederholt. Am Sedantag wird bei allen Feiern und Festreden gewiß ein Wort am häufigsten wiederholt, jenes einzige, mit dem König Wilhelm nach dem großen Siege Gott die Ehre des Erfolges zuwies. Aber wird dieses Wort auch richtig zitiert? In den meisten Fällen kann man hören: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung,“ und so finden wir leider seit Jahren immer wieder das falsche Zitat, während es doch heißen muß: „durch Gottes Führung“. Der Unterschied liegt auf der Hand. Wie blaß und landläufig klingt Fügung, wie stark und bezeichnend aber „Führung“, kommt doch darin das ganze Wesen des frommen Soldatenkönigs Wilhelm I. zum Ausdruck. Aber was hilft es, daß schon oft vor der Abschwächung eines kräftigen Urwortes gewarnt worden ist? Trotzdem wird stets dagegen gefehlt, ja, auf großen Denkmälern, wie z. B. in Breslau, ist das falsche Zitat verewigt worden. Möge man es dem historischen Wortlaut zuliebe ändern, und möge man sich fortan hüten, einen so treffenden Ausdruck der Persönlichkeit des alten Heldenkaisers zu verbessern und zu verwässern.

— Lord Roberts. Ueber das verspätete Bekanntwerden der Erkrankung Lord Roberts in Wien und sein späteres Eintreffen in Berlin wird jetzt folgende Erklärung veröffentlicht: Die Aenderung des Reiseprogramms war von Wien aus der Berliner englischen Botschaft telegraphisch angezeigt worden, allein der englische Botschafter war auf Urlaub und von den übrigen Herren der Botschaft kam des Abends keiner mehr in die Amtsräume. Am nächsten Morgen begaben sie sich, ehe sie die Botschaft aufsuchten, auf den Bahnhof. Was ihnen selbst noch nicht bekannt war, konnte von ihnen auch nicht zur Uebermittlung an die Militär- und Hofbehörden weitergegeben werden. Die Folge war die allgemeine Ueberraschung, als der Zug eingefahren war, ohne daß Lord Roberts und seine Begleiter ihm entgegen.

— Handwerker-Studienreise zur Westausstellung in Brüssel. Zu der vom Hansabund in Verbindung mit dem Zentralauschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands veranstalteten Handwerker-Studienreise haben sich bisher weit über 500 Handwerker aus allen Teilen Deutschlands gemeldet.

— Deutsche Kolonisten in Rußland. Vor längerer Zeit brachte ein Berliner Blatt über Wien die auch von uns wiedergegebene Nachricht, es seien aus dem „Bezirk Schitomir im Gouvernement Wilna“ 30 deutsche Familien ausgewiesen worden, weil sie entgegen dem Gesetz vom 14. März 1887 die russische Staatsangehörigkeit bis jetzt nicht erworben hätten. Die Genauigkeit dieser Meldung erschien von vornherein unsicher; Schitomir gehört nicht zum Bezirk Wilna, sondern zum Bezirk Wolhynien. Es wurden indes Nachforschungen eingeleitet, die jetzt abgeschlossen sind. Nach dem Ergebnis findet die Angabe von der Ausweisung dreißig deutscher Familien keine Bestätigung. Das russische Gesetz vom 14. März 1887 bezieht sich auf den Landbesitz der Ausländer in den westlichen Bezirken. Dieses Gesetz sieht die Ausweisung der Ausländer vor, wenn es sich um ein Kriminalvergehen handelt. Ein Fall der Anwendung des Ausweisungsparagraphen auf deutsche Kolonisten ist neuerdings nicht bekannt geworden.

Deutscher-Italien.

— Zur Reise Kaiser Wilhelms nach Ungarn. Kaiser Wilhelm trifft mit größerer Begleitung am 16. September nachmittags über Wien und Groß-Raniffa in Fünfkirchen ein und geht von hier die Reise nach Mohacs fort, wo er am Bahnhofs vom Erz-

herzog Franz Ferdinand und dem Erzherzog Friedrich, sowie den Behörden empfangen wird. Offizieller Empfang findet nicht statt. Nach der Ankunft besteigt der Kaiser das Schiff und begibt sich nach dem Karaponojaer Jagdschloß und abends sofort auf die erste Pirsch. Am 19. September abends reist der Kaiser nach Wien ab. Am 20. September, vormittags 7 Uhr wird Kaiser Wilhelm auf dem Bahnhof von Schönbrunn eintreffen, wo er von Kaiser Franz Josef und den Wirtenträgern des Reiches empfangen werden wird. Beide Monarchen werden sich alsdann nach Schloß Schönbrunn begeben, wo zu Ehren Kaiser Wilhelms eine Familien- und eine Hofafel stattfinden wird. Ferner ist ein Besuch der Jagdausstellung und eine Festlichkeit auf der deutschen Botschaft vorgesehen. Die Abreise Kaiser Wilhelms wird am 21. abends von Schönbrunn aus erfolgen.

Rußland.

— Petersburg, 7. September. Eine sensationelle Verhaftung hat in Muzsk stattgefunden. Ein Hauptmann Gabbulin der dortigen Grenztruppe hat über 300 000 Mark aus der Regimentskasse gestohlen. Zugleich mit ihm wurden sieben höhere Beamte der Reichsbanknebenstelle festgenommen.

England.

— Ein englischer Kommentar zur Kronprinzenreise. Die „Morning Post“ bespricht in einem Leitartikel die Reise des deutschen Kronprinzen nach dem fernen Osten. Das Blatt bemerkt, daß man bis jetzt noch nichts über den Zweck der Asienfahrt gehört habe, und meint, daß der Kaiser den zukünftigen Herrscher Deutschlands nicht bloß zum Vergnügen auf die Reise nach Indien, China und Japan sende. Es scheint seltsam, daß die erste große Reise des Kronprinzen nach dem fernen Osten und nicht nach Afrika, nach Deutschlands größten Kolonien, gehe, oder nach Südamerika, wo sich so viele blühende deutsche Ansiedlungen befinden. Wenn also der Kaiser den fernen Osten als das Reiseziel seines Sohnes ersehen habe, so beweise das, daß er überzeugt sei, daß jene Länder bestimmt sind, eine wichtige Rolle in der Geschichte unseres Jahrhunderts zu spielen. In kurzer Zeit würde der Stille Ozean im allgemeinen und die asiatische Küste im besonderen die ganze Aufmerksamkeit der Welt auf sich lenken. Das Blatt verbreitet sich über die unbegrenzten kommerziellen Möglichkeiten im erwachenden Osten und fährt dann fort: „Weitichtig und methodisch, wie immer, haben Deutschlands Staatsmänner die Wichtigkeit einer sorgfältigen Rekonnozierung des Schauplatzes als Basis für eine erfolgreiche Politik erkannt. Nicht, daß sie sich jetzt auf irgendein Abenteuer einzulassen gedächten; denn die mit der Befehung Kiautschous verknüpften Ambitionen müßten notwendigerweise eine Wänderung erfahren. Auch die Aufteilung Chinas beschäftigt die praktische Politik nicht mehr, trotzdem aber bieten sich einer starken unternehmenden Politik viele Möglichkeiten. Die deutschen Kaufleute im fernen Osten arbeiten mit Macht und großem Erfolg an der Ausdehnung ihres Handels. Kiautschou selbst macht schnelle Fortschritte, es bildet sich zu einem der größten Märkte Chinas aus, und sein stetig wachsender Handel rechtfertigt die großen Kosten, mit denen Stadt und Hafen in stand gesetzt wurden. Dieser Erfolg hat sehr viel dazu beigetragen, Deutschlands Einfluß und Ansehen im nordöstlichen China zu mehren, aber für die deutsche Rührigkeit ist Schantung und die Umgebung zu klein.“ Es wird dann ausgeführt, wie kluge deutsche Finanziers, unterstützt von der Regierung, das Land durch Eisenbahnbauten erschließen, und besonders hervorgehoben, daß es deutschem Einfluß sogar gelungen sei, in das Jangtsetal einzudringen, das bisher als englische Sphäre gegolten habe. „Deutschland“, so schließt der Artikel, „gibt sich jetzt Mühe, den uneigennütigen Freund Chinas zu spielen; es befindet sich außerhalb des Reiches von Bündnissen und Verträgen, die andere europäische Mächte mit Japan geschlossen haben. China aber betrachtet diese Verträge mit Mißtrauen, China fürchtet